

**Der Bundesvorsitzende hat das Wort:**
**Halbzeitbilanz der Bundesregierung – Licht und Schatten**

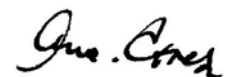
Die Halbzeitbilanz der Bundesregierung – Wachstum weit über 2 Prozent, Stimmung der Unternehmen gut bis sehr gut, Arbeitslosigkeit sinkt, Aussichten für junge wie ältere Arbeitnehmer sind besser denn je, Deutschland die Lokomotive in der EU – wäre brillant, wenn da die noch nicht umgesetzten Versprechen der jetzigen Bundesregierung aus dem Bundestagswahlkampf 2009 noch wären und dadurch die Menschen unzufrieden sind.

Halbzeit bedeutet, innehalten, Pause zum regenerieren nutzen und Strategien besprechen. Doch kann sich die Regierung eine Ruhepause gönnen (?) angesichts des Deutschlandtrends, wenn Glaubensbekenntnisse aus sechs Jahrzehnten Unionsgeschichten über Nacht abgeräumt werden. Aussetzung von Wehrpflicht und Ersatzdienst, Ausstieg aus der Atompolitik, Familienpolitik, Schulpolitik und Enthaltung in der UN, abgesehen von den gegenseitigen Vorwürfen innerhalb der Koalitionäre über den Jahreswechsel, die dem Tierreich zuzuordnen sind. Sinkende Realeinkommen und mehr Billigjobs trüben die Halbzeitbilanz der Bundesregierung weiter ein.

Eine echte Steuerentlastung fiel bislang dem Haushaltsdefizit und der riesigen Verschuldung im Zuge der Wirtschaftskrise zum Opfer. Eine Steuersenkung im Jahr 2012 und 2013, wie sie jetzt angedacht wird, ist in Teilen der Bevölkerung umstritten.

Faktisch haben heute Arbeitnehmer und Angestellte aber viel weniger in der Tasche. Experten haben berechnet, dass die Realeinkommen der Arbeitnehmer in den vergangenen 20 Jahren um fünf Prozent gesunken sind. Und Sozialausgaben steigen und senken das monatlich zur Verfügung stehende Einkommen noch zusätzlich. Dafür ist die Zahl der Billigjobs angestiegen. Für uns als Christliche Gewerkschaft Deutschlands heißt das, wenn nicht einmal in guten Zeiten Verbesserungen durchgesetzt werden kann, wann dann? „Mehr Netto vom Brutto“ für Klein- und Mittelverdiener bleibt eine Forderung, genau so die Beseitigung der „kalten Progression“.

So stellt sich die Frage, was ist in den zwei Jahren bis zur nächsten Bundestagswahl noch von dieser Bundesregierung zu erwarten? Über die Halbzeitbilanz muss man diskutieren dürfen, dabei Licht und Schatten gegenüber stellen und für den Rest der Legislaturperiode Schlüsse ziehen, damit der große Plan für Deutschland erkennbar wird. Die Menschen wollen wissen, wohin die Reise geht und sich nicht dem Zufallsgenerator überlassen sehen. Politik der Mitte heißt: Wertorientierung, Verlässlichkeit, Transparenz und erkennbarer Markenkern.

Matthias Strebl  
Bundesvorsitzender

Allen Leserinnen und Lesern  
wünschen wir  
eine erholsame Urlaubszeit!



## CGB Bundesvorsitzender Matthäus Strebl engagiert sich im Seniorenparlament des Bayerischen Landtags

**Unter dem Motto „Dem Alter Zukunft verschaffen“ führte die CSU-Landtagsfraktion im Plenarsaal des Bayerischen Landtags in München eine Diskussionsveranstaltung durch, an der auch der Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) Matthäus Strebl aktiv teilnahm. Aufgabe der Delegierten war die Diskussion über die Folgen der demographischen Entwicklung und des Wertewandels in unserer Gesellschaft im Plenum und in Arbeitsgruppen.**



Bild v. links: Staatssekretär Markus Sackmann, Konrad Kobler, MdL, Matthäus Strebl, CGB-Bundesvorsitzender, Reinhold Bocklet, Landtagsviizepräsident

Die Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm führte in ihrem Grußwort aus, dass eine zunehmend älter werdende Gesellschaft Deutschland vor erhebliche Herausforderungen stelle, denen wir uns mutig stellen müssten. Auf der anderen Seite eröffne sich dadurch für alle Generationen auch neue Chancen, die es bestmöglich zu nutzen gelte. Es müsse uns allen ein Anliegen sein, so Stamm „präventiv“ dabei mitzuwirken, dass sich die Interessenunterschiede zwischen Jung und Alt nicht weiter auseinander entwickelten.

Durch ein Impulsreferat von Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt-Universität Berlin, über die Themen „Arbeitswelt und Arbeitsleben der älteren Generation“, Soziale Sicherheit und Versorgung im Alter“, „Barrierefreiheit, Mobilität und Wohnen im Alter“ und „Bildung kennt keine Altersgrenzen“ wurden die Teilnehmer in die Themen eingeführt.

In Redebeiträgen ging der CGB Bundesvorsitzende Matthäus Strebl in der Arbeitsgruppe „Soziale Sicherheit und Versorgung im Alter“ auf die Themen Rente und Pflegeversicherung ein. Matthäus Strebl verwies darauf, dass die Kaufkraft der Rentner in den vergangenen Jahren deutlich gesunken sei. Deutschland droht eine perspektivisch steigende Altersarmut. Wenn die Kaufkraft der Rentner und die Renten selbst in gleichem Maß weiter sinken, dann wird die Durchschnittsrente in 10 Jahren unter der Grundsicherung liegen.

Daher sollte ernsthaft über eine neue Rentenformel diskutiert werden, die die Rentner vor Inflationsverlust schützen kann. Wegen der demographischen Entwicklung – immer mehr Rentner zum Verhältnis immer weniger Neugeborene, welche die künftigen Beitragszahler der gesetzlichen Rentenversicherung sind – sollte der Kreis der Beitragszahler in die Rentenversicherung erweitert werden. Reformen können aber nur im Rahmen einer Gesamtkonzeption das Vertrauen der Rentner sowie der Versicherten in die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur erneuern, sondern für die Zukunft festlegen.

Um eine höchstmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, muss die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung nach Darstellung von Matthäus Strebl folgende wesentliche Kernelemente haben: die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege, verlässliche Unterstützung von pflegenden Angehörigen und ehrenamtlich Pflegenden, Fortschreibung der Dynamisierung der Leistungsentgelte, medizinische Versorgung in Heimen, Prävention und Reha vor Pflege, Vereinbarung von Pflege und Beruf sowie Entbürokratisierung der Pflege.

**„Eine stärkere gesellschaftliche Bewusstseinsbildung zum Thema Pflege ist dringend notwendig“, fordert der CGB Bundesvorsitzende.**

*Matthäus Strebl, CGB-Bundesvorsitzender*

.....

# GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

## **Allgemeinverbindlichkeit für tariflichen Mindestlohn in der Entsorgungsbranche erneut beantragt – Chance auf nach Tätigkeiten differenzierten Mindestlöhnen jedoch verpasst**

Die Tarifparteien, der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. für die privaten Arbeitgeber, die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di einigten sich unspektakulär auf die Fortsetzung des Mindestlohntarifvertrags in der Entsorgungsbranche. Die Einigung beinhaltet im Wesentlichen eine Erhöhung des Mindestlohns in der Entsorgungsbranche von 8,24 Euro auf 8,33 Euro bei einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012. Zugleich beantragten die Tarifparteien erneut gemeinsam die Allgemeinverbindlichkeit beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Abschluss enthält kaum neues, lediglich die verbindlich verbriefte Zulassung von Arbeitszeitkonten kann als „Neuerung“ des Tarifwerks ausgemacht werden. Nicht wirklich innovativ, wenn man bedenkt, dass Arbeitszeitkonten seit Jahren als anerkannt probates Mittel zur Kontrolle und Einhaltung des Mindestlohns bei gleichzeitiger Flexibilisierung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gelten.

Es ist aus Sicht des CGB sehr schade, dass die ursprüngliche Idee der nach Tätigkeiten und Qualifikationen differenzierten Mindestlöhne nicht umgesetzt werden konnte. „Die Umsetzung von Mindestlöhnen und Mindesteinkommen eröffnet viele vernünftige und sachgerechte tarifvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten. Eine davon ist eine Vergütungsuntergrenze basierend auf der tatsächlichen Tätigkeit in Verbindung mit der Ausbildung und Qualifikation“, erklärt der Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) Christian Hertzog. „Dies würde vor allem der häufig befürchteten Vergütungsabsenkung ursprünglich höherer Einkommen auf das Mindestniveau entgegenwirken und damit zu mehr Einkommensgerechtigkeit beitragen“, so Hertzog weiter.

„Nach bestimmten Faktoren differenzierte Mindestvergütungen sind die konsequente Weiterentwicklung der aktuellen Diskussion um die Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen“, führt Anne Kiesow, Bundesgeschäftsführerin des CGB weiter aus. „Insofern ist es sehr schade, dass die Chance für den Einstieg hier verpasst wurde.“

*CGB-Pressemitteilung, Christian Hertzog, Generalsekretär und Anne Kiesow, Bundesgeschäftsführerin*

\* \* \* \*

## **Schuldenabbau vor Steuersenkungen CGM fordert von der Bundesregierung solides Haushalten**

***Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) spricht sich dagegen aus, Steuern zu senken, ohne dafür an anderer Stelle die entsprechende Summe wieder einzusparen. „Die Sanierung der öffentlichen Haushalte muss angesichts der Schulden von insgesamt über zwei Billionen Euro oberste Priorität haben“, fordert der CGM Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.***



Es sei begrüßenswert, dass derzeit eine Diskussion über die Entlastung der mittleren Einkommen geführt wird: „Es ist schon lange überfällig, etwas gegen die kalte Progression zu unternehmen“, so Ewen. Dennoch dürften dafür keine neuen Schulden gemacht werden. „Wir sollten die Themen Steuersenkung und Steuervereinfachung gemeinsam diskutieren. Ergebnis könnte beispielsweise sein, durch die Streichung von Abschreibungsmöglichkeiten Steuersenkungen vorzunehmen“, regt der CGM-Bundesvorsitzende an. Das führe zugleich zu einer Steuervereinfachung, die von vielen Seiten immer wieder gefordert wird.

„Auf keinen Fall dürfen wir neue Schulden machen“, fordert Ewen. Nicht nur wegen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, sondern vor allem aus der finanziellen Notwendigkeit heraus habe der Abbau der Schulden oberste Priorität. „Wenn man sich anschaut, wie viel öffentliches Geld für die Schuldentilgung aufgebracht werden

muss, tut einem das in der Seele weh. Mit diesem Geld könnte man viele dringend notwendige Maßnahmen finanzieren und letztendlich sogar die Steuern senken“, so die Meinung Ewens und der CGM. Außerdem würde man angesichts der unsicheren Haushaltsslage vieler EU-Länder und des Euro-Rettungsschirmes mit Steuersenkungen ein hohes Risiko eingehen, denn keiner wisse, welche Zahlungen diesbezüglich noch auf Deutschland zukommen werden. Solange das Geld für Zinsen aufgebracht werden müsse und die Zahlungen mit jedem Euro neuer Schulden immer weiter steigen, stehe Sparen an oberster Stelle. „Dies entspricht nicht nur einer nachhaltigen Haushaltspolitik, wir sind es vor allem den zukünftigen Generationen schuldig, die schwer an der Schuldenlast unserer Generation zu tragen haben“, so Ewen abschließend.

CGM Pressemitteilung vom 05.07.2011

\* \* \* \*



## **Kurzinfo! Wahlerfolg für CGPT**

**Bei den kürzlich stattgefundenen Aufsichtsratswahlen bei der Telegate AG konnte die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation beide Gewerkschaftssitze gewinnen.**

Auf der CGPT-Gewerkschaftsliste wurden Ilona Rosenberg und Silke Lichner in den Telegate-Aufsichtsrat gewählt.

Mit der Rostocker Betriebsratsvorsitzenden Anett Kaczorak wurde ein weiteres CGPT-Mitglied als Arbeitnehmervertreterin in den Aufsichtsrat gewählt.

---

CGPT Bonn, 14.06.2011

.....

## **RECHTLICHES**

### **Gewichtung bei Sozialauswahl – Schutz älterer Arbeitnehmer gestärkt**

Nach dem Kündigungsschutzgesetz (1 Abs. 3 KSchG) hat bei einer betriebsbedingten Kündigung eine soziale Auswahl zu erfolgen, die u.a. Lebensalter und Betriebszugehörigkeit berücksichtigt. Zu vergleichen sind Arbeitnehmer mit vergleichbaren Tätigkeiten. In der Rechtsprechung ist bisher weitgehend ungeklärt, wie diese Kriterien untereinander zu gewichten sind.

Das Landesarbeitsgericht Köln hatte unter Berücksichtigung der Gewichtung der sozialen Aspekte zu entscheiden, welchem von zwei vergleichbaren Arbeitnehmern bei Wegfall eines Arbeitsplatzes gekündigt werden kann

Der zu entscheidende Sachverhalt betraf zwei Arbeitnehmer in der Metallverarbeitung mit etwa gleichen betrieblichen Voraussetzungen. Der Unterschied bestand in Alter und Familienstand, der eine 35 Jahre mit zwei Kindern, der andere 53 und kinderlos.

Das LAG Köln entschied hier, dass die Kündigung des älteren Arbeitnehmers unwirksam war, da der jüngere Arbeitnehmer viel bessere Chancen hätte, schnell eine neue Arbeit zu finden. Dadurch bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Unterhaltspflichten für die Kinder gar nicht beeinträchtigt werden.

**Landesarbeitsgericht Köln 4 Sa 1122/10**

### **Impressum**

**Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin**  
**Telefon:** 030/21 02 17-30  
**Fax:** 030/21 02 17-40  
**E-Mail:** [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)  
**Internet:** [www.cgb.info](http://www.cgb.info)  
**ViSdP:** Christian Hertzog, Anne Kiesow  
**Redaktion:** Christian Hertzog, Anne Kiesow  
**Layout:** Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.